

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 7. Sitzung

am Mittwoch, dem 21. November 2012, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)	Vorsitzender
Astrid Damerow (CDU)	
Rainer Wiegard (CDU)	
Birte Pauls (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	
Jürgen Weber (SPD)	
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i.V. von Rasmus Andresen
Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Dr. Ekkehard Klug (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	i.V. von Angelika Beer
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	

### **Weitere Abgeordnete**

Volker Dornquast (CDU)  
Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Europaministerin über die Arbeit der Nordseekommission</b>	<b>4</b>
<b>2. Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/178</a>	
<b>3. Eckpunktepapier zum Frühwarnsystem</b>	<b>6</b>
<b>4. Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum Chance für Schleswig-Holstein</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/257</a>	
<b>5. Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Altenparlament“ am 21. September 2012</b>	<b>10</b>
<a href="#">Umdruck 18/170</a>	
<b>6. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität</b>	<b>11</b>
<a href="#">Umdruck 18/373</a>	
<b>7. Bundesratsangelegenheiten</b>	<b>13</b>
<a href="#">Umdrucke 18/362, 18/371, 18/372, 18/384</a>	
<b>8. Verschiedenes</b>	<b>14</b>

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht der Europaministerin über die Arbeit der Nordseekommission**

M Spoorendonk berichtet über die Arbeit der Nordseekommission (s. Anlage 1 zu dieser Niederschrift). Sie regt an, den Vorsitzenden der Nordseekommission, Herrn Sørensen, in einer der nächsten Ausschusssitzungen, zum Beispiel am 26. Februar 2013, einzuladen und mit ihm ein Gespräch zu führen. Sie kündigt weiterhin an, dem Ausschuss die Unterlagen zur Europaministerkonferenz zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 18/424](#)). Zudem regt sie an, im Europaausschuss die Zusammenarbeit mit Kaliningrad zu thematisieren.

Diesen Vorschlag aufnehmend unterstreicht der Vorsitzende, dass man dies bei einem konkreten Anlass gern tun werde.

Abg. Poersch weist auf das 20-jährige Jubiläum der Kooperation mit Kaliningrad im Jahr 2013 hin und regt ihrerseits an, dieses Thema am 9. Januar 2013 auf die Tagesordnung des Europaausschusses zu nehmen.

Auf eine Frage der Abg. Damerow sagt M Spoorendonk zu, noch im Dezember den Europabericht dem Landtag zur Verfügung zu stellen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Verbesserung der Kooperation zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/178](#)

(überwiesen am 28. September 2012 an den **Europaausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, den Landtagspräsidenten zu bitten, Verbindung mit der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft aufzunehmen, um eine Verbesserung der Kooperation zwischen der Hansestadt und Schleswig-Holstein zu erreichen. - Abg. Dr. Breyer weist auf die geplante gemeinsame Sitzung der Ältestenräte der Hamburgischen Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtags hin, bei der man dieses Thema auch ansprechen könne.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Eckpunktepapier zum Frühwarnsystem**

hierzu: [Umdruck 18/410](#)

Einleitend unterstreicht Abg. Damerow, dass der Beschlussvorschlag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/410](#), erst seit einem Tag vorliege und die kurz davor erfolgte Versendung des Entwurfs an die Fraktionen nicht genügend Zeit gegeben habe, sich intensiv mit dem Vorschlag auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund plädiert sie für eine Absetzung des Tagesordnungspunkts von der Tagesordnung.

Abg. Poersch hebt hervor, dass das Thema schon seit Längerem bekannt sei und zum Beispiel die Fraktion der PIRATEN in der Lage gewesen sei, eine Rückmeldung zu geben. Sie spricht sich dafür aus, das Thema zu beraten.

Abg. Dr. Breyer spricht sich für eine Beratung aus, schlägt gleichzeitig aber vor, eine Beschlussfassung noch nicht in dieser Sitzung stattfinden zu lassen. Er regt darüber hinaus an, auch nicht öffentliche Dokumente dem Titel nach ins Internet einzustellen, um interessierten Bürgern die Möglichkeit zu geben, zu wissen, welchen Inhalt die nicht öffentlichen Umdrucke hätten. Zudem spricht er sich dafür aus, in den Beschlussvorschlag klarzustellen, dass plenareretzende Beschlüsse in Bezug auf das Subsidiaritätsverfahren gemeint seien und auf dieses beschränkt bleiben sollten. außerdem müsse die Frage geklärt werden, unter welchen Bedingungen ein vom Europaausschuss plenareretzend getroffener Beschluss zurückgeholt werden könne.

Abg. Poersch weist darauf hin, dass man die in dem Beschlussvorschlag enthaltenen Vorschläge zum großen Teil dem Eckpunktepapier des Landtagsdirektors entnommen habe. Wichtig sei ihrer Ansicht nach zu beschließen, dass der Europaausschuss die Federführung in den im Beschlussvorschlag angesprochenen Punkten innehabe. Eine Diskussion in den Fachausschüssen sei selbstverständlich dennoch möglich. Weitere in dem Beschlussvorschlag angesprochene Punkte seien die Gliederung des Europaberichts und die Frage, wie der Landtag zukünftig in Brüssel vertreten sein könnte. Dies alles könne man auf Grundlage des zu fassenden Beschlusses weiter diskutieren.

Abg. Damerow regt an, den Beschlussvorschlag intensiv in den Fraktionen zu diskutieren und unterstreicht, dass ihre Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne. Einige Punkte, zum Beispiel das Weisungsrechts des Landtags an die Landesregierung, würden in ihrer Fraktion sehr kritisch diskutiert.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Beschlussvorschlag in seine Bestandteile zu zerlegen und haushaltsrelevante Dinge möglichst noch in die bevorstehenden Haushaltsberatungen einfließen zu lassen. Zu den einzelnen in dem Beschlussvorschlag enthaltenen Aspekten könne die Landtagsverwaltung Formulierungsvorschläge ausarbeiten.

Herr Dr. Schliesky, Direktor des Landtags, erläutert, dass die haushaltsrelevante Frage mit der Vertretung in Brüssel in der kommenden Woche im Finanzausschuss eine Rolle spielen werde, wenn der Landtagspräsident den Einzelplan 01 im Finanzausschuss vorstelle. Ansonsten werde die Landtagsverwaltung gern konkrete Formulierungsvorschläge machen, wenn sich im Ausschuss eine Einigung abzeichne.

Abg. Wiegard plädiert dafür, vor einer entsprechenden Beschlussfassung zu einer Konkretisierung der einzelnen Vorschläge zu kommen. So habe er das bisherige Verfahren auch verstanden. Ihm falle schwer zu akzeptieren, dass der Europaausschuss aufgrund der Fristsetzung die Federführung haben solle, wenn gleichzeitig die Frist keine Rolle spiele. Hier bedürfe es an einigen Stellen noch der Bereinigung.

Abg. Dr. Breyer weist auf die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung bei der Einführung von plenareretzenden Beschlüssen hin. Gleichzeitig regt er an, den Wissenschaftlichen Dienst zu beauftragen zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, die Landesregierung mit Landtagsbeschlüssen zu binden. - Der Ausschuss kommt überein, den Wissenschaftlichen Dienst entsprechend zu beauftragen.

Abg. Voß weist darauf hin, dass im vorletzten Absatz des Beschlussvorschlags das Wort Europaausschuss durch das Wort Landtag ersetzt werden müsse. Er warnt davor, die federführende Rolle des Europaausschusses in der Frage der Subsidiaritätsprüfung infrage zu stellen. Die Arbeit der Fachausschüsse werde durch den Beschlussvorschlag nicht infrage gestellt.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass der Beschlussvorschlag zum jetzigen Zeitpunkt nicht geschlossen werden könne, da mehrere verschiedene Änderungsvorschläge enthalten seien. Aus seiner Sicht sei es zielführend, nach Zuarbeit durch die Landtagsverwaltung einzelne Initiativen zu entwickeln.

Abg. Waldinger-Thiering weist auf die Notwendigkeit hin, eine Teilung des Europaberichts vor Beginn des kommenden Jahres zu beschließen, damit diese Teilung auch wirksam werde. - Der Vorsitzende legt dar, dass der Beschluss zur Teilung des Europaberichts vom Landtag getroffen werden müsse.

Abg. Poersch hebt hervor, dass mit der Zustimmung zum jetzigen Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen keineswegs direkt die Verfassung geändert werde, sondern dies erst der Beginn kleinteiligerer Arbeit sei.

Abg. Dr. Klug und Abg. Damerow unterstreichen, dass es in ihren Fraktionen noch Beratungsbedarf gebe. - Abg. Damerow betont, dass sie dem Vorschlag nicht zustimmen könne, sollte es heute zur Abstimmung kommen.

Abg. Dr. Breyer regt an, dass die europapolitischen Sprecher auf Grundlage des vorliegenden Beschlussvorschlags einen Text erarbeiten sollten, der konsensfähig sein könne.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die europapolitischen Sprecher zu bitten, einen Konsens zu erarbeiten und gleichzeitig die Landtagsverwaltung aufzufordern, einzelne Umsetzungsvorschläge aus dem vorliegenden Beschlussvorschlag zu erarbeiten. - Der Vorsitzende kündigt an, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum  
Chance für Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/257](#)

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag der Fraktion der CDU entgegen den Planungen in der 5. Tagung des Landtags dem Europaausschuss nicht überwiesen worden sei, das Thema Blaues Wachstum jedoch beim 11. Parlamentsforum südliche Ostsee in Mecklenburg-Vorpommern auf der Tagesordnung stehen werde. Der Ausschuss stellt seine Beratungen bis zur Überweisung des Antrags zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Altenparlament“ am  
21. September 2012**

[Umdruck 18/170](#)

Der Ausschuss nimmt die Beschlüsse des Altenparlaments abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/373](#) (neu)

Auf die Anmerkung von Abg. Pauls, dass die entsprechenden Vorlagen sehr kurzfristig vorgelegt würden, weist der Vorsitzende auf die engen Fristen hin und betont, dass bei Auskunftsbedarf auch später noch reagiert werden könne.

Abg. Voß regt an, dass sich die jeweiligen Fachausschüsse mit den Dokumenten (KOM(2012) 650) und (KOM(2012) 595) inhaltlich beschäftigen sollten.

Der Vorsitzende weist auf die Zuständigkeit des Europaausschusses für Fragen der Subsidiaritätskontrolle hin. - Der Ausschuss bittet die Landesregierung um eine Stellungnahme der Landesregierung im Hinblick auf eine mögliche Verletzung des Subsidiaritätsprinzips zu der Vorlage (KOM(2012) 595). Gleichzeitig regt er an, der Umwelt- und Agrarausschuss solle sich ebenfalls mit dieser Vorlage befassen.

Herr Dr. Schliesky weist darauf hin, dass sich im Rahmen von Visumsangelegenheiten die Frage nach der Verletzung des Subsidiaritätsprinzips nicht stelle, da es sich um eine Bundeszuständigkeit handle. - Es bestehe die Möglichkeit, dass einzelne Fraktionen das Thema im Innen- und Rechtsausschuss ansprechen könnten, betont der Vorsitzende.

Abg. Voß hebt hervor, dass es aus seiner Sicht nach wie vor kein Verfahren gebe, in welcher Art sich Europaausschuss und Fachausschüsse mit den jeweiligen Vorlagen befassen würde.

Der Vorsitzende betont, dass es das Bestreben gebe, eine Regelung zu finden. Das sei auch Gegenstand des Tagesordnungspunktes 3 gewesen. Eine Befassung des Innen- und Rechtsausschusses mit Vorlagen, bei denen sich die Frage der Subsidiaritätsverletzung nicht stelle, halte er nicht für zielführend.

Abg. Weber weist auf die Funktion des Ausschusses zur Prüfung der Wahrung der Subsidiarität hin. Aus seiner Sicht könnten Fachausschüsse zur Beurteilung der Frage der Subsidiarität nur in Ausnahmefällen herangezogen werden, auch vor dem Hintergrund der Arbeitsbelastung der Ausschüsse.

Der Ausschuss kommt überein, den Umwelt- und Agrarausschuss und das zuständige Ministerium im Fall der Kommissionsvorlage (KOM(2012) 595) um eine Stellungnahme zur Subsidiaritätsverletzung zu bitten. Mehrheitlich lehnt der Ausschuss ab, den Innen- und Rechtsausschuss im Zusammenhang mit der Kommissionsvorlage (KOM(2012) 650) um eine Stellungnahme zu bitten.

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Bundesratsangelegenheiten**

[Umdrucke 18/362](#), [18/371](#), [18/372](#), [18/384](#)

Der Vorsitzende weist auf das mit der Staatskanzlei verabredete Verfahren hin, [Umdruck 18/384](#). Sollten keine Fragen bis zum Ablauf der vorgegebenen Frist eingereicht werden, sei eine Präsenz des Fachministeriums zu einzelnen Fragen nicht erforderlich. Wünschenswert sei in jedem Fall, wenn ein Vertreter der Staatskanzlei in Sitzungen anwesend sein könnte, um eventuell auftretende Fragen an die Landesregierung mitzunehmen. Für die kooperative und flexible Handhabung des Verfahrens durch die Landesregierung bedankt sich der Vorsitzende.

Abg. Wiegard merkt im Zusammenhang mit der Beantwortung seiner Fragen zum ermäßigten Steuersatz auf Beherbergungsleistungen ([Umdruck 18/362](#)) an, dass aus der Antwort der Landesregierung seiner Ansicht nach hervorgehe, dass die Landesregierung nicht wisse, welche Auswirkungen die Reduzierung des Umsatzsteuersatzes habe. Vor diesem Hintergrund sei es erstaunlich, dass eine Rücknahme dieser Regelung durch die Landesregierung im Bundesrat unterstützt werde. Aus seiner Sicht sollten nicht einzelne Ausnahmeregelungen bei der Mehrwertsteuer geschaffen oder zurückgenommen werden, sondern es solle über eine grundsätzliche Abschaffung von Ausnahmen nachgedacht werden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen, [Umdrucke 18/371](#) und [18/372](#), abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Vorsitzende weist auf das in der Mittagspause der Landtagssitzung geplante Gespräch mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 22. Februar 2013 hin.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer